

SOLIDARITÄT

Newsletter Montagsdemo Rheinfelden

Unseren Lesern ein gesundes neues Jahr!

Themen in dieser Ausgabe:

- Demonstrationen gegen Novelle des Versammlungsgesetzes
- Waffenhändler Deutschland
- 60 Jahre Menschenrechte!
- Vorstand der Linksfraktion im Bundestag will Hartz IV im Kern beibehalten
- Null-Euro-Jobber kosten Milliarden
- Deutsche für mehr Staat

IN DIESER AUSGABE:

Demonstrationen gegen Novelle des Versammlungsgesetzes	2
Waffenhändler Deutschland	2
60 Jahre Menschenrechte!	2
Vorstand der Linksfraktion im Bundestag will Hartz IV im Kern beibehalten	3
Null-Euro-Jobber kosten Milliarden	3
Deutsche für mehr Staat	3
Rheinfelder Montagsdemo in Aktion	4

Feuer unterm Dach der H.C.Starck – Teil III Kompromiss läutet vorläufiges Ende des Kampfes ein!

Nach acht Wochen Verhandlungen zwischen Gesamtbetriebsrat und Geschäftsleitung der Firma Starck wurde



als Ergebnis ein „Paket“ verabschiedet, dass für die Beschäftigten schmerzhaft Einschnitte mit sich bringt. Auch wenn die Geschäftsleitung etliche Abstriche von ihren ursprünglichen Plänen machen musste, so haben sie ihre finanziellen Einsparziele (Personalabbau-Outsourcing-Personalkostensenkung) doch zu etwa 90% durchgesetzt. Einige Maßnahmen, wie die massive Kürzung des 13. Monatsgehalts und der Streichung der Leistungszulage haben sie sogar für die nächsten 5 Jahre (!) erwirkt. Für viele Betriebsräte ist der Abschluss nicht wie vom Gesamtbetriebsrat formuliert „zufrieden stellend“, sondern mehr oder weniger ein Ergebnis von Erpressung.

So drohte die Geschäftsleitung offen mit mehr Entlassungen, geringeren Abfindungen, Outsourcing an Menschenhändlerfirmen, Outsourcing auch der Technik und weiterer Bereiche.....bis hin zum Aus-

stieg aus dem Chemietarifvertrag. Dagegen gingen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei H.C.Starck in

Laufenburg von Anfang an offen in Stellung und organisierten verschiedene Protestaktionen. Immer vorne dabei, die Auszubildenden. Die Notwendigkeit von solchen kämpferischen Aktionen musste sich dabei von Anfang an gegen eine zögerliche Richtung durchsetzen. Diese wollte erst ganz am Schluss symbolisch Flagge



zeigen. Das war eine der Hauptschwäche der Belegschaften in diesem konzernweiten Kampf, in dem es nicht gelang, von Anfang an an allen Standorten stärkeren Druck aufzubauen. Aber auch der allzu große Glauben an das Verhandlungsgeschick, der die Brutalität dieser von Investoren gesteuerten Firmenleitung unterschätz-

te. Die Großdemonstration in der Endphase der Verhandlungen in Goslar mit mehr als 3000 Teilnehmern orientierte sich als weitere Schwäche einseitig auf die Unterstützung von Politikern, die doch genau diese Erleichterungen für „Heuschrecken“ ermöglicht haben und die vor eineinhalb Jahren den Verkauf von H.C.Starck an die Investoren „Advent“ und „Carlyle“ noch bejubelt hatten. Mit diesem Potential an Beschäftigten und Bevölkerung im Rücken hätte doch weiter Druck aufgebaut werden können und müssen. Was bleibt ist eine Geschäftspolitik, die auch weiterhin auf spekulativen Businessplänen mit Traumrenditen und kontinuierlichem zweistelligem Wachstum aufbaut. Wo die Kolleginnen und Kollegen für ein so genanntes Prämienmodell mit immer weniger Stammebelegschaft Höchstprofite erwirtschaften sollen. Und wo die Standort- und Beschäftigungssicherung daran geknüpft wird, dass die Firma nicht im Bestand gefährdet wird, sprich, die Bankenlinien (H.C.Starck wurde überwiegend von Banken finanziert) eingehalten werden. Außerdem gibt es bereits heute für bestimmte Abteilungen keinen Bestandsschutz.



**Wollen Wir Demokratie
oder
Polizeistaat?**



Demonstrationen gegen die Novelle des Versammlungsgesetzes in Baden-Württemberg im Würgegriff

Ein Teilnehmer berichtet: Ich komme aus Baden-Württemberg, wo ich an Demos in Mannheim und Stuttgart teilgenommen habe. Dort will die Landesregierung das Bürgerrecht auf Versammlungsfreiheit erheblich einschränken.

Einen Vorgeschmack darauf, was uns in Zukunft erwartet, hat es in Mannheim gegeben. Das war der reinste Horror!

Die gesamte Demo (ich schätze 600 - 800 Leute) ist vom Start an von BFE- (Beweissicherungs- und

Festnahme-Einheiten) der Polizei vollständig, zum Teil hautnah, eingekesselt worden. Dazu kamen noch einige Reiterstaffeln.

Die gesamte Demo wurde pausenlos mit Videokameras abgefilmt.

Die Polizisten waren hochgerüstet mit Spezialanzügen, Helmen, Beinschienen, Schlagstöcken, Pistolen und zum Teil mit Elektroshockern.

Es sah aus wie im Krieg - die Demo selbst war absolut friedlich.

Eine Spontandemo unmittelbar nach der Abschlußveranstaltung

wurde buchstäblich niedergeknüppelt. In der "normalen" Presse wurde die ganze Angelegenheit totgeschwiegen.

Den einzigen Bericht habe ich hier gefunden: www.scharf-links.de *Der Polizeieinsatz hat gezeigt, dass politischer Widerstand in Baden-Württemberg schon heute mit allen Mitteln unterdrückt wird. Das geplante Versammlungsgesetz soll Repressionsorganen weitere Möglichkeiten schaffen, gegen unerwünschte Proteste vorzugehen.*



Made in Germany: Begehrter Exportartikel Leopard II. (Bild: ap)

Waffenhändler Deutschland

BERLIN (dpa). Die deutschen Rüstungsexporte steigen nach Angaben der Kirchen weiter an. Die Regierung habe 2007 Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 8,7 Milliarden Euro erteilt, 2006 seien es 7,7 Milliarden Euro ge-

wesen, berichteten die Vorsitzenden der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, die Prälaten Stephan Reimers und Karl Jüsten. Deutschland sei weiter drittgrößter Rüstungsexporteur – nach den USA und Russland, hieß es unter Bezug auf

das Friedensforschungsinstitut Sipri. Reimers: „Die Welt wird nicht sicherer mit noch mehr Waffen.“

NO WAR!
**Auf zum
Ostermarsch nach
Müllheim/Baden**



60 Jahre Menschenrechte!

Am 10. Dezember 2008 ist die internationale Erklärung der Menschenrechte 60 Jahre alt geworden. Doch deren Umsetzung lässt weltweit zu wünschen übrig, trotz ausreichenden materiellen Reichtums. Ein gutes Leben für alle Menschen ist möglich! Doch das kann es nicht geben, ohne dass die internationalen Wirtschaftsbeziehungen umgebaut werden. Zusam-

men mit Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen hat Attac eine Erklärung zum aktuellen Stand der Menschenrechte veröffentlicht. Menschenrechte sind unbedingte Teilhaberechte: Sie fordern ein, dass jeder Mensch am politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Gemeinschaft teilhaben können soll. Doch in vielen Gebieten, politisch wie geographisch, muss um diese Teilhabe hart gerungen

werden. Attac erkennt die globalen Gemeinsamkeiten und Zusammenhänge dieser Kämpfe um soziale und ökologische Rechte, die letztlich in der Forderung nach "globalen sozialen Rechten" münden, und setzt sich für die Stärkung und Globalisierung der globalen sozialen Rechte ein.

www.attac.de

Vorstand der Linksfraktion im Bundestag will Hartz IV im Kern beibehalten

Vorschlag der Fraktionsspitze bedeutet in seiner Konsequenz: 435 Euro Regelleistung, immer noch nicht bedarfsorientiert, immer noch Arbeitszwang, immer noch Bedarfsgemeinschaften, immer noch Sanktionen bis zur vollständigen Kürzung der Leistung, immer noch Zwangsumzüge.

"Hartz IV muss weg!", war eine der einen Forderungen der WASG. Es bedurfte einer harten politischen Auseinander-

setzung auf den Doppelparteitagen 2007 in Dortmund wenigstens die Forderung als Überschrift eines Kapitels in das Eckpunkteprogramm hinüberzusetzen. Ergänzt wurde sie seinerzeit durch das "Hartz IV überwinden" der PDS. Was dies bedeuteten sollte, wusste niemand so genau, aber es hieß man sei für "für die Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung: Wer von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine individuelle, steuerfinanzierte, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung

haben. Zumutbare Arbeitsangebote müssen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt sein. Den Zwang zur Aufnahme jeglicher Jobs lehnen wir ebenso ab wie erzwungene Erwerbslosigkeit.". Einstweilen forderte die Linkspartei jedoch wie schon zur Bundestagswahl 05 eine Grundsicherung von zuerst 420 und später 435 Euro.

Auszug aus dem Artikel von Edith Bartelmus-Scholich

Alles nachzulesen auf: www.scharf-links.de



Bildmontage: HF



Null-Euro - Jobber kosten Milliarden

und verdrängen massiv reguläre Arbeitsplätze!

Millionen Lohnsklaven verdrängen reguläre Arbeit und werden u.a. dazu benutzt, um reguläre Arbeitsverhältnisse zu kündigen und den Lohn für noch bestehende Arbeitsplätze

erheblich zu mindern. Unsere Steuergelder werden also genutzt, um reguläre Arbeitsplätze zu verdrängen. Knapp eine Millionen Ein-Euro-Jobber verrichten zum Teil reguläre Arbeit oder sitzen ohne sinnvolle Beschäftigung in irgendwelchen Maßnahmen rum. Das kostet den

Steuerzahler ca. 14 Milliarden Euro im Jahr! Im Jahr 2009 wird es weiter zu erheblichen Stellenstreichungen in der Industrie und bei den Banken kommen. Schauen Sie:

<http://www.youtube.com/watch?v=g1fm3qci0gw>



Deutsche für mehr Staat

(AFP). Die meisten Deutschen wollen einer Umfrage zufolge die Schlüsselindustrien teilweise verstaatlichen. Das hat eine Forsa-Befragung im Auftrag des Magazins Stern ergeben. Auf die Frage, in welcher Branche Konzerne verstaatlicht werden sollten, um sie

vor dem Verkauf an ausländische Investoren zu schützen, sprachen sich demnach 77 Prozent für mehr staatliche Kontrolle bei Strom- und Gaskonzernen aus. Auch Banken und Versicherungen (64 Prozent) sowie Fluglinien, Bahn und Post (60 Prozent) wurden genannt.

Bei der Landwirtschaft waren 40 Prozent für mehr staatliche Kontrolle. Auch die Unionsanhänger und FDP-Wähler unter den Befragten waren sich einig: Fast drei Viertel sind für die Teilverstaatlichung der Strom- und Gasversorger.



V.i.s.d.P. :

Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

MontagsDemo



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE

Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Arbeitsgruppe „GLOBALISIERUNGSKRITISCHE STADTFÜHRUNG“** von Attac (siehe Homepage)
- Die „**DIE LINKE**“ Breisgau-Hochschwarzwald Termine auf unserer Homepage.
- Die Treffen der **MLPD** Initiativgruppe aktuell auf unserer Homepage
- **ACHTUNG** weitere interessante Termine findet Ihr auf unserer Homepage.

Besuchen Sie unsere Homepage
www.montagsdemo-rheinfelden.de

Rheinfelder Montagsdemo in Aktion



Es harzelt immer noch sehr! So am 8. Dezember 2008 auf der 208. Montagsdemo.

In seiner Rede sprach der Nikolaus von der Kinderarmut, Leiharbeitern, Hungerlöhnen, Entlassungen, Tafelläden



und vieles mehr, über die Krise/n und die Profitgier der Banker, Manager und Heuschrecken und die Unfähigkeit unserer Politiker. Die Rede könnt ihr auf unserer Webseite nachlesen.



Veronika hatte zur 209. Montagsdemo ein sehr interessantes Märchen mitgebracht. Nachzulesen auf unserer Webseite.

Auch zur Weihnachtszeit wird die Montagsdemo durchgeführt. Der Protest

sollte gerade zu dieser Zeit besonders laut und deutlich zum Ausdruck kommen. Die Armut nimmt immer mehr zu, so dass viele Familien nur noch ein bescheidenes Weihnachtsfest feiern können. Deshalb darf der Protest nicht verstummen.



210. Montagsdemo zur Weihnachtszeit

Auch auf der letzten, der 211. Montagsdemo, im Jahr 2008 kann von Entspannung nicht die Rede sein.

Ewald brachte es in seiner Rede noch mal zum Ausdruck.

Der Abschluss des Jahres 2008 ist gleichzeitig der Auftakt für das Jahr 2009, ein sogenanntes Superwahljahr. Wir können nur hoffen, dass die Menschen in unserem Land nicht scharenweise den falschen und verlogenen Versprechungen unserer Politiker auf dem Leim gehen. Sie sind es nicht Wert. gewählt zu werden.

